



Anfrage Budmiger Marcel und Mit. über die Aushebelung des Ladenöffnungskompromisses mit 60 zusätzlichen verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen

eröffnet am 24. Januar 2022

An einer Medienkonferenz forderte Volkswirtschaftsdirektor Fabian Peter gemeinsam mit FDP-Parteikolleginnen und -kollegen den Bundesrat auf, mittels Verordnungsänderung das Verbot für Sonntagsarbeit aufzuweichen. Läden in touristisch stark frequentierten Orten sollen am Sonntag geöffnet und müssten auch nicht mehr spezifisch auf Touristinnen und Touristen ausgerichtet sein. Mit den zusätzlichen Einkaufsmöglichkeiten sollen internationale Touristenströme angelockt werden. Dies angeblich, um die Nachhaltigkeit des Luzerner Tourismus zu erhöhen.

Der Auftritt des Volkswirtschaftsdirektors war kommunikativ schlecht aufgegleist, widersprüchlich und stellt einen Angriff auf demokratische Entscheide des Luzerner Stimmvolks und des Kantonsrates dar. Da unklar ist, ob es sich dabei um einen parteipolitischen Anlass gehandelt hat oder nicht, wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten.

A: Kommunikation

Weder die Direktbetroffenen noch die Sozialpartner oder die zuständige Kommission waren über die öffentlichen Forderungen an den Bundesrat informiert. Auch die Luzerner Medien erfuhren erst nach der Medienkonferenz vom Auftritt ihres Regierungsrates.

1. War der Luzerner Regierungsrat über den Auftritt des Volkswirtschaftsdirektors informiert? Teilt er die Haltung des zuständigen Regierungsrates?
2. Warum wurden die Direktbetroffenen, die Sozialpartner und wie sonst üblich die Politik nicht vorinformiert?
3. Warum wurde der Auftritt vor den Luzerner Medien verheimlicht?
4. Wer wusste vorgängig vom Auftritt? War die Partei des zuständigen Regierungsrates informiert?

B: Widersprüche

Mit zusätzlichen 60 Sonn- und Feiertagsverkäufen soll der internationale Städtetourismus angekurbelt werden. Ziele seien die Verminderung der Ungleichbehandlung von Bergregionen und Städten, die Ankurbelung des Individualtourismus sowie ein nachhaltigerer Tourismus. Studien und die Erfahrung zeigen jedoch, dass längere Öffnungszeiten zu einer Verdrängung kleiner Boutiquen und Verkaufsläden durch internationale Ketten und Grossverteiler führen.

5. Würde mit dieser Strategie nicht eine erneute Ungleichbehandlung (Stadt Luzern, umliegende Gemeinden) geschaffen? Wenn ja, wie erklärt der Regierungsrat, dass die eine Ungleichbehandlung (Bergregionen, Städte) mit einer neuen (Stadt Luzern, umliegende Gemeinden) aufgehoben würde? In welchen Gemeinden würde dies zu mehr Sonntagsarbeit führen? Wie begründet der Regierungsrat die Ungleichbehandlung der Luzerner Gemeinden?
6. Was versteht der Regierungsrat unter nachhaltigem Tourismus? Zählt er das Fördern des Einkaufstourismus, welcher mit Shopping-Wochenenden und Billig-Flügen einhergeht, dazu?

7. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass Individualtouristinnen und Individualtouristen eine Vielfalt an kleinen Läden gegenüber internationalen Standardläden, welche sie auch zuhause finden, bevorzugen?

C: Demokratische Entscheide

Gemäss Medienberichten steht der Regierungsrat angeblich noch zum Ladenöffnungskompromiss, welcher seit Mai 2021 in Kraft ist. Nachdem während Jahrzehnten über eine Stunde früher oder später am Samstag gestritten wurde, will der Volkswirtschaftsdirektor zusätzlich 60 verkaufsoffene Sonn- und Ruhetage. Sowohl die Bevölkerung als auch das Parlament haben weiter gehende Liberalisierungsforderungen als den Ladenöffnungskompromiss mehrfach deutlich abgelehnt. Der Volkswirtschaftsdirektor behauptete, es gehe nicht um den Ladenöffnungszeitenkompromiss, sondern um die Förderung von Tourismus. Der Wille der Bevölkerung wird damit missachtet und ihre Bedürfnisse müssen hintenanstehen.

8. Teilt der Regierungsrat die Meinung des Volkswirtschaftsdirektors, dass die Frage nach zusätzlichen verkaufsoffenen Sonn- und Ruhetagen nichts mit dem Thema Ladenöffnungszeiten zu tun hat? Werden entsprechende Regelungen nicht im Luzerner Ruhetags- und Ladenschlussgesetz (RLG) abgebildet?
9. In welchem Verhältnis sieht der Regierungsrat die Ausdehnung der Öffnungszeiten durch den Ladenöffnungskompromiss im Vergleich zur Öffnung an allen Sonntagen?
10. Welche Mitsprache haben Parlament und Bevölkerung bei einer Verordnungsänderung wie sie der Volkswirtschaftsdirektor anstrebt?
11. Mit welchen (negativen) Auswirkungen rechnet der Regierungsrat bezüglich Verkehr (Einkaufsverkehr, Anlieferung Geschäfte) in den betroffenen Gemeinden?
12. Welche Auswirkungen hat die Aufhebung der Sonntagsruhe auf die Gesundheit und das soziale und familiäre Leben der betroffenen Mitarbeitenden im Detailhandel?
13. Mit welchen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat auf die kleinen und mittleren Detailhandel- und Spezialgeschäfte, für die sich die Öffnung am Sonntag wirtschaftlich nicht lohnt?

Budmiger Marcel

Zbinden Samuel

Stutz Hans

Frey Maurus

Bärtsch Korintha

Fässler Peter

Muff Sara

Schneider Andy

Widmer Reichlin Gisela

Schuler Josef

Engler Pia

Candan Hasan

Schwegler-Thürig Isabella

Lehmann Meta

Ledergerber Michael